

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F./XXII/34

Bonn, den 17. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
	"Die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland"	47

Notwendige Darstellung der Realitäten

2 - 2a	"West-Post im Sekretariat abzugeben"	115
--------	--------------------------------------	-----

Hausordnung für die ostzonalen diplomatischen
und Handelsvertretungen im Ausland

3 - 4	Anwalt des sozialen Rechtsstaates	9
-------	-----------------------------------	---

Zum 60. Geburtstag von Prof. Ernst Schellenberg, MdB, am 20. Februar
Von Helmut Rohde, MdB

5 - 6	Der Guerilla-Krieg in den Grenzgebieten Rotchinas	93
-------	---	----

Mao Tse-tung stützt seine Macht auf die Gewehre der Armee

Von Erwin Drasmus Koch

+ + +

"Die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland"

Nötwendige Darstellung der Realitäten

sp - Schon lange hat ihn die Sozialdemokratie gefordert: den jährlichen Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland. Frühere Bundesregierungen waren dieser Forderung stets ausgewichen. Jetzt ist es soweit. Die drei im Bundestag vertretenen Parteien haben in einem gemeinsamen Antrag die Bundesregierung ersucht, alljährlich einen solchen Bericht bis spätestens Mitte Januar dem Bundestag vorzulegen.

Der Hinweis auf das gesplattene Deutschland besagt, daß der zu erwartende Bericht sich nicht auf die Bundesrepublik begrenzt, sondern die **g a n z e** Nation umfaßt. Nach dem Grundgesetz und entsprechend dem Amtseid, den jeder Bundesminister ablegt, ist die Bundesregierung verpflichtet, für das **g a n z e** deutsche Volk einzustehen und ihre Politik entsprechend einzurichten.

Für Nationen, deren Existenz nicht durch eine willkürliche Spaltung gekennzeichnet ist, wäre ein solcher Bericht eine Selbstverständlichkeit. In Deutschland muß man damit rechnen, daß die Machthaber in Pankow die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien dafür beschimpfen werden. Dabei soll und kann ein solcher Bericht über die Lage der Nation keine Anmaßung sein und erst recht nicht die Vorwegnahme von Entscheidungen, an denen nach unserer Auffassung das **g a n z e** Volk in Freiheit mitwirken soll.

Der zu erwartende Bericht ist auch keineswegs ein Versuch, Rechte vorwegzunehmen, an deren Fundierung ein großer Teil unseres Volkes jetzt nicht mitwirken kann. Es sollen Tatsachen dargestellt und analysiert werden, es soll vor aller Öffentlichkeit dokumentiert werden, in welcher Weise die frei gewählte Bundesregierung die Spaltung Deutschlands friedlich zu überwinden gedenkt. Deshalb wird dieser Bericht voraussichtlich in seinem Hauptteil eine Darstellung aller kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Realitäten enthalten, die das Leben unserer Nation formen. Insofern hat der Bericht zunächst seine Bedeutung für die innerdeutsche Bewußtseinsbildung, für die Selbsterkenntnis der ganzen Nation.

Überdies aber kann dieser Bericht ein wichtiges Instrument für die Vertretung gesamtdeutscher Interessen im Ausland sein. Es gilt, mit Hilfe dieses Berichtes Freundschaften zu festigen, Mißverständnisse zu beseitigen und auch dort die friedlichen Absichten der Bundesrepublik deutlich zu machen, wo jahrelang gesätetes Mißtrauen gegenüber dem freien Teil Deutschlands die Anbahnung neuer Freundschaften sehr schwierig macht.

Die Bundesregierung hat ein Jahr Zeit, um den nunmehr von allen im Bundestag vertretenen Parteien gewünschten Bericht gewissenhaft vorzubereiten. Es ist zu hoffen, daß zu Beginn des kommenden Jahres die bereits in der Regierungserklärung der neuen Bundesregierung deklarierten Ziele einer konstruktiven Friedenspolitik auch in diesem Bericht ihren Ausdruck finden werden.

West-Post im Sekretariat abzugeben.

Hausordnung für die ostzonalen diplomatischen
und Handelsvertretungen im Ausland

- * Einer unserer Auslandskorrespondenten gelangte kürzlich *
* durch Zufall in den Besitz einer Hausordnung für die ost- *
* zonalen diplomatischen und Handelsvertretungen im Aus- *
* land. Unter Berücksichtigung der originalen Rechtschrei- *
* bung und Zeichensetzung geben wir diese Hausordnung in *
* vollem Wortlaut wieder. Die Redaktion *

* * *

"Zur ordnungsgemäßen Durchführung der der Handelsvertretung...
übertragenen Aufgaben, zur Sicherung der Handelsvertretung und ihrer
Mitarbeiter wird folgendes angeordnet:

I. a. Sicherung. Die Büroräume der Handelsvertretung werden
normalerweise vom Leiter oder seinem Stellvertreter abgeschlossen
und die Alarmanlage eingeschaltet. Außer dem Leiter und einem von
ihm benannten Mitarbeiter besitzt der Portier des Hauses einen
Satz Schlüssel. Letzteres ist durch die Mietsordnung festgelegt.
Die Mitarbeiter sind verantwortlich für die Ordnung und das Ver-
schließen ihrer Schreibtische, die Unterbringung ihrer Unterlagen
in den dafür vorgesehenen Schränken. Bei Büroschluß sind in den
Räumen des unmittelbaren Arbeitsplatzes die Fenster zu schließen,
elektrische Apparate und Licht auszuschalten. Der Portier des Hau-
ses benachrichtigt bei irgendwelchen Vorkommnissen den Leiter oder
seinen Stellvertreter, deren Telefonnummern dort hinterlegt sind.

Der Aufenthalt in den Diensträumen außerhalb der Arbeitszeit
ist nur mit Zustimmung des Leiters gestattet.

b. Einladungen gegenüber Personen außerhalb des Kollegenkrei-
ses können nur mit Zustimmung des Leiters ausgesprochen werden.
Ebenso ist die Teilnahme an Einladungen nur nach vorheriger Zu-
stimmung des Leiters statthaft.

c. Geschenke jeglicher Art sind abzulehnen. Wenn die Annahme
nicht umgangen werden kann, müssen diese beim Leiter abgeliefert
werden, der zusammen mit dem Gewerkschaftsbeauftragten über die
weitere Verwendung verfügt.

d. Der private Postverkehr mit... Personen oder Institutio-
nen sowie mit dem Ausland, Westdeutschland und Westberlin ist un-
tersagt. Privateingehende Post dieser Art ist ungeöffnet im Se-
kretariat abzugeben.

II. Dienstzeit. Die Dienstzeit ist in den Monaten Mai bis
einschließlich Oktober von 8 bis 12 und von 13 bis 18 Uhr; November

bis einschließlich April von 8 bis 12 und von 13.30 bis 17.30 Uhr. Sonnabends ist geschlossen. Im Sekretariat wird ein Anwesenheitsbuch geführt.

III. Abwesenheit während des Dienstes. Jede Abwesenheit ist in dem im Sekretariat ausliegenden Anwesenheitsbuch einzutragen.

IV. Betreuung von Delegationen. Für die Betreuung von in- und ausländischen Beauftragten der ANU oder Industriebetrieben ist der Mitarbeiter der KV verantwortlich, der diese Angelegenheit fachlich zu vertreten hat. Dazu gehört die Unterbringung, der Arbeitsplan, Kontrolle des Arbeitslaufes und der Abschlußbericht.

V. Sprechzeit. Die Sprechzeiten für Besucher der Handelsvertretung fallen mit der Arbeitszeit zusammen. Zur Abwicklung des Besucherverkehrs und der Verhandlungen sind die hierfür vorgesehenen Räume zu benutzen. Im Empfang wird ein Besucherbuch geführt. Die Besucher werden von dem dort zu Besuchenden geleitet.

VI. Reinigung. Die Reinigung der Büroräume der Handelsvertretung geschieht nach Dienstschluß durch den Hausmeister.

VII. Während der Dienstzeit ist das Telefon durch eine Telefonistin zu bedienen, die auch gleichzeitig den Besucherverkehr regelt.

VIII. Repräsentations-Genußmittel. Für die vorhandenen Getränke und Genußmittel ist der Haushaltssachbearbeiter verantwortlich. Private Entnahmen können nur unter vorheriger Zustimmung entnommen werden. Die Bezahlung hat nach Anforderung des Haushaltssachbearbeiters zu erfolgen.

IX. Inventar. Alle Gegenstände, die keine Verkaufsgüter darstellen sind, nach Räumen getrennt zu inventarisieren. Das Gleiche trifft auch für alle Wohnungen zu. Bei Wohnungswechsel ist ein Protokoll von beiden Partnern zu unterzeichnen. Bei Verlust oder Beschädigung von Ausrüstungsgegenständen in Wohnungen hat der Benutzer Schadenersatz zu leisten.

X. Wachsamkeit in den Diensträumen. Jeder Mitarbeiter ist für das ordnungsgemäße Verschließen seiner Arbeitsunterlagen verantwortlich. Notizen und Stenogrammblöcke und Ähnliches sind im Aktenex zu vernichten. Derjenige, der als letzter den Raum verläßt, hat sich zu überzeugen, daß alles sich im vorgeschriebenen Zustand befindet.

Bei Abwesenheit des Leiters der Handelsvertretung entscheidet in allen Fällen dessen Stellvertreter."

Anwalt des sozialen Rechtsstaates

Zum 60. Geburtstag von Prof. Ernst Schellenberg, MdB. am 20. Februar

Von Helmut Rohde, MdB

Professor Dr. Ernst Schellenberg ist ein Mann, der ohne Einschränkung für seine Arbeit lebt. Wer ihn kennt, gewinnt den Eindruck, daß alles, was über "die Arbeit" hinausgeht, für ihn an Glanz verliert, nicht frei vom Hauch des Überflüssigen ist. Den Anforderungen des politischen Protokolls, dem offiziell Geselligen in seinen mannigfachen Bonner Arten, steht er eher skeptisch gegenüber, und vom Rückzug ins Private macht er sparsamen Gebrauch.

Schellenberg lebt keineswegs in Verbissenheit gegenüber der Sache und in Distanz zu den Menschen. Ganz im Gegenteil: meist gut gelaunt, liebenswürdig und verbindlich - das ist der Rahmen, in dem sich seine Unermülichkeit und Leistung darstellen. So lebt wohl ein Mann, der ganz von dem Gedanken erfüllt ist, an dem arbeiten zu können, was er für erstrebenswert gehalten und auf das er sich gründlich vorbereitet hat.

Ernst Schellenberg hat sich nicht nur im Hörsaal auf seine Arbeit in der deutschen Sozialpolitik präpariert. Unter seinen Lehrern waren neben den Wissenschaftlern, den guten Namen der 20iger Jahre, auch erfahrene Praktiker. Die Sozialversicherung kennt er aus eigener Lehrzeit, das soziale Verhältnis zum Einzelnen hat ihn praktische fürsorgliche Tätigkeit näher gebracht, und im übrigen wußte der Berliner aus eigener Lebenserfahrung, was die Frage nach dem Sozialen für den Menschen bedeutet.

Man muß wohl einen so ungewöhnlichen und eigenwilligen Lebensweg wie Schellenberg gegangen sein, um zu der bunten Fülle seiner Eigenschaften zu gelangen: Herz und Einfühlungsvermögen ebenso wie geschärften Sinn für Zahlen und Statistik, nüchternes politisches Abwägen wie Engagement für bewegte politische Taktik. Wenn manchmal in der politischen Auseinandersetzung sein Temperament stärker ist als die Zügel, die er ihm selbst anlegt - nun, in dieser Zeit, in der auch die Welt des Politischen nicht frei bleibt von wolkiger Langeweile, wirkt Temperament gleichsam als Erholung.

Seine Aufgaben als Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion hat Professor Dr. Schellenberg zu einem bemerkenswerten Zeitpunkt übernommen: nach der Bundestagswahl 1957, in einem Jahr, das eine neue Runde sozialpolitischer Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik eingeleitet hat. Das war gleichsam am Vorabend der 60iger Jahre. Allenthalben wurde damals nach dem Sinn und der Darstellungsweise der Sozialpolitik in der sich immer deutlicher ausprägenden modernen Industriegesellschaft gefragt. In jener Zeit wurde das Wort von den "Grenzen des sozialen Rechtsstaates" formuliert und die spekulative These in die Welt gesetzt, daß bei wachsendem Wohlstand das Bedürfnis des Einzelnen nach sozialer Sicherung und ihren Institutionen immer weiter abnehme. Eifrig wurde versucht, mit einer Art Philosophie der sich reduzierenden Solidarbeziehungen Hode zu machen und diese Philosophie in

die Praxis umzusetzen. Gesetzentwürfe vergangener Bundesregierungen spiegeln das wider.

Schellenberg fühlte sich von all dem herausgefordert. Es meldete sich sein Sinn für das sozial Gerechte ebenso wie seine Einsicht als Wissenschaftler in Notwendigkeiten und Entwicklungstendenzen der industriellen Gesellschaft. Es kamen für ihn Jahre schwerer und strapazierender Auseinandersetzungen mit jenen Auffassungen und Gruppen, die aus dem konservativen Ressentiment gegenüber dem Sozialen eine Leitlinie deutscher Innenpolitik machen wollten.

In dieser ganzen Zeit hat Schellenberg nicht Opposition gegen die amtliche Politik gemacht, sondern gleichzeitig und in vielem maßgebend an Positionen mitgearbeitet, die von der SPD in der Auseinandersetzung um die soziale Ordnung der Industriegesellschaft neuer Prägung bezogen worden sind. Dieser sozialdemokratische Ausblick in die Zukunft ist inzwischen als das Konzept der Gemeinschaftsaufgaben bekannt geworden.

Die Gemeinschaftsaufgaben haben Politik gemacht, setzten sich durch und erlangten weit über die Reihen der SPD hinaus Verbindlichkeit für die deutsche Innenpolitik. Dieses Konzept hat sich als kräftiger, zukunfts- und zielsicherer erwiesen als die konservative Philosophie von den sich reduzierenden Solidarbeziehungen und die anderen ideologischen Glasperlenspiele.

Der Name Schellenberg verknüpft sich bei der Profilierung dieser Gemeinschaftsaufgaben insbesondere mit dem Volksversicherungsplan der SPD, den Vorstellungen für eine zeitgerechte soziale Alterssicherung. Das Wort Volksversicherung zeigt dabei schon die Richtung an. Schellenberg ging von der Einsicht aus, daß soziale Sicherung in den heutigen Industrieländern auf dem Wege ist, aus engen Gruppen- und Versicherungsbegrenzungen herauszuwachsen und einen allgemeinen Charakter anzunehmen, mithin Volksversicherung zu werden.

Mit dieser Einschätzung befand er sich nicht nur in der Gemeinschaft seiner politischen Freunde, sondern auch in zunehmender Nachbarschaft maßgebender Wissenschaftler. Die "Sozialenquete", jenes Professorengutachten über die sozialen Leistungen in der Bundesrepublik, hat 1966 die umfassende soziale Sicherung, insbesondere für das Alter, als die konsequenteste und zeitgerechte Lösung bezeichnet. Eine allgemeine, enge Versicherungsgrenzen überwindende soziale Sicherung wurde in der Enquete im Grunde als Ausdruck sozialer Rechtsstaatlichkeit definiert.

Schellenbergs Politik ist ein Plädoyer für diesen sozialen Rechtsstaat, der dem Menschen Chancen zur Entfaltung bringen, ihr Selbstbehauptung ermöglichen und Voraussetzungen für ein selbstbewusstes Leben in Freiheit schaffen soll. An diesem 60. Geburtstag gratulieren wir ihm herzlich, einem Mann, der Farbe in die Bonner Sozialpolitik gebracht hat. Wir wünschen ihm und uns, daß seine Stimme als Sprecher einer sozialen Politik kräftig bleiben möge.

Der Guerilla-Krieg in den Grenzgebieten Rotchinas

Mao Tse-tung stützt seine Macht auf die Gewehre der Armees

Von Erwin Erasmus Koch

Rotchinas Streitmacht, im stehenden Heer wahrscheinlich drei Millionen Mann stark, dazu Flotte und Luftwaffe mit offenbar 500 000 oder 750 000 Soldaten, weiter eine Million "Trägersoldaten", diese wohl an Zahl größte Streitmacht der Erde befindet sich "im Klassenkampf der Kulturrevolution" in einer umfassenden Säuberung. Der Klassenkampf der Kulturrevolution ist die Erklärung der Kulturrevolution überhaupt. Sie soll nach Mao Tse-tungs Willen "den permanenten Klassenkampf" bis zum Stadium des Erreichens des totalen Kommunismus gewährleisten. Dieser angebliche Klassenkampf gilt Mao und Lin Piao zum Vorwand, das Volk von China und die Welt über die Opposition und Widerstandsgruppen in der Streitmacht gegen den "großen Steuermann" hinwegzutäuschen.

Erste Vermutungen, die sich auf erneute Säuberungen in der Volksbefreiungsarmee bezogen, waren bereits Anfang 1966 laut geworden. Der "General" der Politischen Abteilung in der Führungsspitze der Volksbefreiungsarmee, Hsiao Hua, war damals im Januar vor Kommandeuren, Kader und Parteifunktionäre der höchsten Stufen hingetreten. Hsiao Hua beauftragte auf den Auftrag Lin Piaos: "Die Gedanken Yao Tse-tungs sind der große Lehrmeister der Streitmacht. Es hat Widerstände gegeben, Gerüchte nämlich, daß die Armee der Partei befehlen wollte. Das darf niemals eintreten. Es würde zum Faschismus führen." Der Bericht über diese "Tagung politischer Kommissare" in Peking wurde am 25. Januar 1966 von der "Volkszeitung" veröffentlicht. Damit begann die "Kulturrevolution", ohne daß es ein Außenstehender merkte. Aber die Rede Hsiao Huas war ungewöhnlich scharf. Hier die wörtliche Übersetzung eines der bezeichnendsten Abschnitte:

- * "Nur Klassenkampf vermag den Sozialismus vor dem Revisionismus zu schützen. Würde es den Klassenkampf nicht geben, dann wäre innerhalb von kurzer Zeit die Konterrevolution im Vormarsch, sie würde das ganze Land erfassen und die marxistisch-leninistische Partei schließlich in eine faschistische Partei verwandeln..."

Diese Konterrevolution würde von der Armee getragen. Darüber ließ Hsiao Hua keinen Zweifel.

Die abgesetzten Marschälle

Die Säuberung hatte unterdessen bereits eingesetzt. Eine ganze Reihe von Heerführern war davon betroffen, u.a. verloren die "Generale" (die Titel sind indes abgeschafft) Li Ta und Huang Ko-chen, beide Mitglieder des Verteidigungsrates, ihre Stellungen. Auch "General" Huang, Vertreter der Volksbefreiungsarmee im ZK, mußte gehen. Mit Sicherheit steht fest, daß große "Umerziehungslager", KZ's, eingerichtet wurden. Sie füllten sich mit "Revisionisten" von der Spitze bis zu Regimentskommandeuren und Unteroffizieren. Weit entfernt befindliche opponierende Befehlshaber der regionalen Ordnung konnte Lin Piao allerdings mit der Säuberung nicht erreichen, so vor allem einen Führer der stärksten Resistance nicht, Wang En-mao, den Befehlshaber von Sinkiang,

zahlreiche Garnisonkommandeure im benachbarten Shensi und den "König der Mongolen", Ulanfu, den Machthaber in der Inneren Mongolei. Die Vorgänge sind nur in Bruchstücken bekannt. Sie erreichten indes Anfang 1967 verschiedene Höhepunkte. Mag auch der Widerstand von abtrünnigen Regimentern der Volksbefreiungsarmee seine Fortsetzung finden, auf die Masse der 4,5 Millionen hat er gegenwärtig kaum Einfluß.

Seit dem 12. Januar 1967 weiß die Umwelt Chinas vom Bestand der "Kulturrevolutionären Mannschaft" im Führungsstab der Armee, also von der Organisation des Klassenkampfes in der Truppe. Die Führung haben acht Generale - oder wie man sie nach Abschaffung der Ränge sonst bezeichnen will - inne und dazu die vierte Frau Mao Tse-tungs. Überdies gibt es weitere sieben Mitglieder einer Art kulturrevolutionärer Exekutive in der Armee. Es sind junge Kommandeure. An erster Stelle des Führerkorps steht der frühere Marschall Hsü Hsiang-chien; sein "Berater" ist Maos Frau Chiang Ch'ing. Hsü's erster Stellvertreter: (General) Hsiao Hua, der höchste Politische Kommissar, und ihm folgen die Stellvertreter (General) Yang Cheng-wu, seines Ranges Stabschef der Volksbefreiungsarmee, (General) Wang Hsin-t'ing, (General) Hsü Li-ch'ing, (General) Kuan Feng, (General) Hsieh Tang-chung und (General) Li Man-ts'un. Das sind nicht nur Namen wie Schell und Rauch. Ihre Träger formen jenen engsten Kreis der Männer, auf die Mao und Lin Piao sich stützen, um die Armee in der Hand zu behalten. Die Säuberung hat zunächst Ende des vergangenen Jahres oder Anfang 1967 die Clique der Männer des versuchten pro-sowjetischen Staatsstreichs weggefegt, an erster Stelle den Generalstabschef Lo Jui-ching. Ob auch der frühere Marschall Chu Teh, heute 80-jährig, der "Vater der Volksbefreiungsarmee", zum Kreis der Verschwörer gehörte, ist nicht genau bekannt. Wer eigentlich den offensichtlich durch Mao geduldeten Versuch des "Staatsstreichs" aufgedeckt hat, bleibt im dunkeln.

Maos Hasard-Spiel

Vordem muß es indes eine wirkliche, ernst zu nehmende Résistance bereits gegeben haben, und zu ihr gehörte auf jeden Fall Lo Jui-chin. Diese Widerstandsbewegung, dem Vernehmen nach durch die Sowjets ermutigt und finanziert, daher auch die antirussischen, sonst jeden Sinn entbehrenden Ausschreitungen, verteilt sich über 13 Militärregionen. Von ihren Führern verdächtigt einer den anderen. So erscheint es bezeichnend, daß Yang Yung, der Kommandeur des wohl wichtigsten Militärbezirks, der Peking-Region, keinen Geringeren als Hsiao Hua beschuldigte, irgendwie mit der Résistance zusammengearbeitet zu haben.

Die Säuberungen mögen Mao zunächst die Oberhand verschaffen. Dennoch läßt sich der offenkundig gewordene Riß nicht kitten. Von 40 Millionen ausgebildeten Milizsoldaten sind noch immer 25 Millionen unter dem Kommando der regionalen Parteibüros bewaffnet. Sie sind das gewiß gefährlichste Potential der Konterrevolution, der Entfesselung des großen, wahrscheinlich blutigsten Bürgerkriegs der Geschichte Chinas, auf den Tschiang Kai-shek und die Führung der Sowjets in gleicher Weise warten. Dieser Bürgerkrieg würde auch die USA auf den Plan rufen müssen.

Die Frage bleibt offen: Wie lange vermögen sich Mao und Lin Piao mit ihren Cliquen in der Führung der Armee auf die Macht der Gewehre der Volksbefreiungsarmee zu stützen?